

KOALITIONSABKOMMEN

ProDG, CSP und PFF vereinbaren die Bildung einer Regierungskoalition für die Deutschsprachige Gemeinschaft während der Legislatur 2024-2029.

Das Regierungsprogramm wird auf der Grundlage der Zukunftsvision „Ostbelgien leben 2040“, der bereits ausgearbeiteten Bildungsstrategie, der Digitalstrategie „Digitale Wege für unsere Gemeinschaft“ und unter Berücksichtigung der Wahlprogramme der Koalitionspartner sowie unter enger Anlehnung an die Nachhaltigkeitsziele der UN ausgearbeitet.

Die Koalitionspartner vereinbaren, sich konsequent für die Umsetzung der Resolutionen

- vom 25. März 2019 in Bezug auf die garantierte Vertretung der Bevölkerung des deutschen Sprachgebiets,
- vom 29. April 2019 zur Stellung der deutschen Sprache in Belgien,
- vom 6. Mai 2019 zur Autonomieentwicklung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in der belgischen Staatsstruktur,
- vom 25.03.2024 in Bezug auf die Erklärung zur Revision der Verfassung.

einzusetzen.

Das detaillierte Regierungsprogramm wird in Form einer Regierungserklärung am Montag, 16. September 2024, dem Parlament vorgestellt.

Besondere Schwerpunkte werden dabei zum Beispiel sein:

Bildung

- **Schulbauten**
Die Koalition hält am geplanten Schulbauprogramm fest. Dazu gehören die geplanten Bauten auf den Gebieten der Gemeinden St Vith und Kelmis, die Einrichtung eines Technologiezentrums in St Vith, der Bau einer Fördersekundarschule in der Eifel sowie die Sanierung der Schulen des FSU. Um eine 100% Finanzierung der FSU-Bauten zu gewährleisten, hat die DG bereits die Gebäude der BIP, der MG und der BS/TI übernommen. Die Verhandlungen über den Erwerb der beiden Schulen der PDS mit der Stadt Eupen werden wir ergebnisorientiert fortsetzen.
- **Pluralistisches Schulsystem**
Die Koalition bekennt sich ausdrücklich zu einem pluralistisch aufgebauten Schulsystem und wird die weitere Entwicklung der Schulnetze unterstützen.
- **Ressourcenverteilung**
Die Koalition wird eine neue Verteilung des Stellenkapitals und der materiellen Ressourcen auf der Grundlage von sozioökonomischen Faktoren vorschlagen.

- **Arbeitszeitregelung**

Die Koalition wird auf der Grundlage des OECD-Berichts eine neue Arbeitszeitregelung für das Unterrichtswesen vorschlagen, um Weiterbildungsmöglichkeiten und Teamarbeit innerhalb der Schulen zu fördern.

- **Dienstrechtreform**

Die Koalition wird die bestehenden Dienstrechte schrittweise reformieren und sich dabei an der Bildungsstrategie orientieren. Im Vordergrund werden stehen:

- die Harmonisierung der verschiedenen Dienstrechte,
- die Stärkung der Autonomie der Schulen in Personal und Verwaltungsfragen,
- die Einführung von Middle Management-Strukturen in den Grundschulen,
- und eine Reform des bestehenden Ernennungssystem.

- **Politische Bildung:**

Die Koalition wird die politische Bildung überfachlich verstärken und dafür einen verbindlichen Rahmen zur Förderung von zukunftsorientierten fachlichen und überfachlichen Kompetenzen schaffen, um alle Lernenden in und außerhalb der Schulen zu befähigen, als mündige Bürgerinnen und Bürger im Alltag bewusste Entscheidungen zu treffen, an gesellschaftlichen und politisch-demokratischen Prozessen mitzuwirken und sich zukünftigen Herausforderungen zu stellen.

- **Stärkung der Grundkompetenzen**

Die Koalition wird die bestehenden Rahmenpläne vereinfachen und optimieren mit dem Ziel die Grundfertigkeiten zu stärken.

- **Förderpädagogik:**

Die Koalition wird u. a.:

- eine Fördersekundarschule in der Eifel einrichten,
- ein neues Förderdekret vorlegen, in dem der Begriff Inklusion breiter definiert wird als heute.

Eine inklusive Schule muss die individuellen Bedarfe der Schüler berücksichtigen. Inklusion umfasst die Inklusion von Menschen mit unterschiedlichen kulturellen, sprachlichen und sozio-ökonomischen Hintergründen oder besonderen Begabungen.

Inklusion muss ein Auftrag für alle Bildungsakteure sein. Die Koalition möchte in diesem Zusammenhang das neu gegründete ZIP als Kompetenzzentrum fördern.

- **Mehrsprachigkeit:**

Die Koalition möchte die Förderung der Mehrsprachigkeit ausbauen u. a. durch:

- die Durchführung von Sprachstandserhebungen in den Fremdsprachen zwecks Optimierung der Fremdsprachenkompetenzen,
- die Steigerung der Lernzeit in der ersten und zweiten Fremdsprache unter anderem mit vermehrtem Sachunterricht in der Fremdsprache,
- die Weiterentwicklung der Fremdsprachenkompetenzen im fremdsprachlichen Kontext,

- die Professionalisierung der Lehrenden,
 - die Qualitätsprüfung der schulischen Maßnahmen zur Förderung der Mehrsprachigkeit,
 - und den Ausbau von bilingualen Kindergärten und Primarschulen.
- **Duale Ausbildung:**
Die Koalition vereinbart, die technisch-beruflichen Ausbildungen weiter aufzuwerten, Synergien zwischen allen Formen der technisch beruflichen Ausbildung zu stärken, neue Aus- und Teilqualifizierungsangebote zu ermöglichen und ein Statut für die Lehrpersonen des ZAWM zu schaffen.
 - **Stipendiensystem:**
Die Koalition vereinbart, das neu eingeführte DUO-Stipendiensystem auf alle Mangelberufe auszudehnen, die im In- und Ausland erlernt werden; unabhängig vom Ausbildungsort.

Gesundheit

Die Koalition setzt sich u. a. ein für:

- die Aufrechterhaltung der zwei Krankenhausstandorte,
- Investitionen von 150 Mio € in die Modernisierung der Krankenhäuser,
- die verstärkte Zusammenarbeit und Integration im Netzwerk Move,
- den Kampf gegen den Ärztemangel, u. a. durch eine Ausweitung und Aufstockung des Impulsefonds und Abkommen mit innerbelgischen und europäischen Partnern, um den Studienzugang von deutschsprachigen Medizinstudenten zu erleichtern,
- die Stärkung der Gesundheitsvorsorge mit dem Schwerpunkt auf die mentale Gesundheit,
- die Stärkung der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung,
- die Förderung der integrierten Gesundheitsversorgung,
- eine Forderung bei den zuständigen Instanzen nach einer finanziellen Aufwertung der Gehälter und einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen im gesamten Gesundheitssektor.

Seniorenpflege

Die Koalition wird sich unter anderem einsetzen für:

- eine Aufwertung der häuslichen Hilfen,
- die Schaffung von zusätzlichen Plätzen in den WPZS,
- die konsequente Umsetzung der Demenzstrategie,
- die weitere Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Personals,
- die Prüfung einer Reform des aktuellen Pflegegeldsystems,
- den Ausbau von wohnortsnahen Unterstützungsangeboten, beispielsweise durch integrierte Tagesbetreuungsangebote, die Förderung alternativer Wohnformen, Investitionen in betreutes Wohnen und intergenerationelles Zusammenleben,
- eine bessere Unterstützung von pflegenden Angehörigen.

Raumordnung

Die Koalition wird:

- die 3. Phase der Raumordnungsstrategie verwirklichen und ein maßgeschneidertes Raumordnungsgesetz für die Bedürfnisse unserer Gemeinschaft erarbeiten. Dabei gilt es, ein gesundes Gleichgewicht zu finden zwischen den Bedürfnissen der Privatpersonen, des Wirtschaftsstandortes und der Umwelt, Landwirtschaft und Artenvielfalt. Dazu wird die Koalition schnellstmöglich einen Dekretvorschlag hinterlegen.
- ein Gewerbeflächenkonzept umsetzen, auf Grundlage des bereits vorliegenden Entwurfs und dabei auch gezielt innovative Lösungen im Bereich des Energieverbrauchs anstreben.

Institutionelle Reformen

Die Koalition wird:

- sich resolut einsetzen für die Umsetzung der eingangs erwähnten Resolution unseres Parlamentes.
- mit Blick auf Art 139 der Verfassung von der wallonischen Region prioritär die Übertragung folgender Zuständigkeiten einfordern: die Global- und Umweltgenehmigungen, die Provinzzuständigkeiten, die ländliche Entwicklung und die Niederlassungsgenehmigungen für Betriebe.

Wohnungsbau

Die Koalition wird u. a.:

- den öffentlich geförderten Wohnungsbau massiv unterstützen, indem sie die notwendigen Mittel bereitstellt, um den gesamten Bestand zu sanieren und zusätzliche Wohnungen zu schaffen, mit dem Ziel die bestehenden Wartelisten abzubauen.
- den nachhaltigen und bezahlbaren Wohnraum fördern u. a. durch neue Angebote über öffentlich private Partnerschaften und neue innovative Formen der Unterstützung für den Erwerb von Wohnungen.

Digitalisierung

Die Koalition wird u. a.:

- am flächendeckenden Glasfaserausbau festhalten.
- alle öffentlichen Dienstleistungen der DG analog und digital zugänglich machen.
- die umfassende Digitalstrategie umsetzen.

Dialog

Die Koalition wird bei all ihren Vorhaben einen engen und konstruktiven Dialog anstreben mit:

- der Opposition im Parlament,
- dem Bürgerrat und den Bürgerversammlungen,
- der organisierten Zivilbevölkerung und den Sozialpartnern.

Wirtschaftsstandort

Die Koalition wird auf der Grundlage der oben erwähnten Strategiepapiere in all ihren Zuständigkeiten den Wirtschaftsstandort Ostbelgien stärken und Maßnahmen gegen Arbeits- und Führungskräftemangel ergreifen.

Kinderbetreuung

Die Koalition vereinbart die bereits beschlossenen Reformen zur Aufwertung der Kinderbetreuungsangebote fortzusetzen mit dem Ziel, den Bedarf zu 100% abzudecken. Gleichzeitig wird sich die Koalition auf föderaler Ebene dafür einsetzen, das Elterngeld aufzuwerten.

Soziales

Die Koalition wird:

- sich für eine bessere Anerkennung und Aufwertung des Berufs der Sozialarbeiter und eine sektorenübergreifende Harmonisierung der Barmen einsetzen;
- erneut überprüfen, ob ein Case-Management System eingeführt werden kann für eine bessere Begleitung und Vermittlung;
- die Attraktivität der Sozialarbeit verbessern;
- den NKS aufwerten in Anlehnung an den Forderungskatalog und die Memoranden der Sozialpartner, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten;
- konsequent gegen Armut und Prekarität vorgehen;
- soziale Treffpunkte weiter aufwerten;
- die Integration von neu Ankommenden und das friedvolle interkulturelle Zusammenleben stärken durch den Ausbau von Sprachkursen (Niveau B2), die Förderung der beruflichen Integration, die Stärkung der interkulturellen Kompetenzen in der Lehrergrundausbildung und die Stärkung des Zugangs zu gesellschaftlicher Teilhabe.

Finanzen

Die Koalition wird:

- den laufenden Haushalt weiterhin konsequent durchforsten und möglichst sozialverträglich sparen;
- für das Jahr 2025 einen ausgeglichenen laufenden Haushalt anstreben,
- darauf achten, dass der Schuldendienstdeckungsgrad unterhalb von 25% bleibt und die Zinslastquote nicht über 7% ansteigt,
- an ihrem Vorhaben festhalten, insgesamt 181 Mio. € in den Klimaschutz zu investieren. Der Klimaplan für die DG soll integral umgesetzt werden. Es gilt global zu denken und lokal zu handeln.

Verwaltungsreform

Die Koalition wird:

- die eingeleitete Verwaltungsreform konsequent umsetzen, um die Effizienz der Arbeit im öffentlichen Dienst weiter zu steigern,
- am Verbeamtenstopp festhalten,
- den Einstellungsstopp aufrechterhalten und flexibilisieren.

Bürokratieabbau

Die Koalition wird:

- die konsequente Vereinfachung der Gesetzgebung und aller Verfahren durchführen. Dazu wird sie jährlich ein Vereinfachungsdekret im Parlament einbringen.
- Ergänzend werden umfangreiche Vereinfachungen auf Erlass-Ebene vorgenommen.
- die vollständige Digitalisierung der Verwaltung vornehmen,
- eine größere Nähe der Verwaltung zur Lebenswirklichkeit der Menschen durch eine Präsenz in der Fläche, angepasste Öffnungszeiten und eine Unterstützung (Befähigung) bei der (digitalen) Antragstellung gewährleisten,
- die Weiterentwicklung des integrierten Risikomanagements sowie den Aufbau einer Krisenzelle vorantreiben.

Kultur

Die Koalition wird:

- das Angebot „Kultur macht Schule“ ausbauen,
- die Vereinswelt stärken,
- die Servicestelle Ehrenamt erweitern,
- das Kulturförderdekret reformieren, Qualität fördern und Bürokratie abbauen,
- die Musikakademie aufwerten.

Sport

Die Koalition wird sich u. a. einsetzen für:

- eine verstärkte Unterstützung der Basisarbeit in den Vereinen,
- die gezielte Förderung von Sportlern mit einer Beeinträchtigung,
- den Ausbau von Aktionen zur Förderung des Breitensports,
- die Förderung von Spitzensportlern,
- die Verwirklichung von Sportstättenplanungen,
- die Verwirklichung des Projektes „Worriken 4.0“.

Jugend

Die Koalition wird sich u. a. einsetzen für:

- die Umsetzung des Jugendstrategieplans,
- die Aufwertung der offenen und mobilen Jugendarbeit,
- die Durchführung von Kampagnen zur Medienkompetenz,
- die Beendigung des Geoblockings,
- eine Aufwertung der Jugendorganisation,

Tourismus:

Die Koalition wird sich u. a. einsetzen für:

- eine enge Zusammenarbeit mit der TAO zur Stärkung der Tourismusdestination Ostbelgien,
- die Entwicklung des neuen Leitbildes für die Tourismusdestination Ostbelgien bis Ende 2024,
- eine enge Zusammenarbeit mit Kulturanbietern,
- die Positionierung unserer Region als Kongress- und Tagungsstandpunkt,
- und die gezielte Vermarktung unserer Heimat als Rad- und Wanderregion, als Genuss- und Wohlfühlregion sowie beim Geschichtstourismus.

Für alle weiteren Vorhaben und Einzelheiten verweisen die Koalitionspartner auf die Zukunftsvision „Ostbelgien Leben 2040“, die „Bildungsstrategie“ und die „Digitalstrategie“.

Für die Legislatur 2024-2029 gilt folgende Mandatsverteilung:

- Oliver Paasch, Ministerpräsident: Lokale Behörden, Finanzen und Haushalt, nachhaltige Entwicklung und Regionalentwicklung, Koordinierung der politischen Arbeit, Verwaltungsorganisation einschließlich der Aufsicht über die Verwaltung und die Personalführung, Beziehungen zum Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Beziehungen zum In- und Ausland, Infrastruktur, Gemeinschaftszentren, Wirtschafts- und Sozialrat, europäische Programme, institutionelle Reformen, Strafverfolgung, Klimaschutz und Biodiversität, Energie, Raumordnung, Berufswahlorientierung, Regionalgeschichte, Digitalisierung, das Programm Wirtschaft macht Schule, Wirtschaftsförderung und das Talentcenter der Deutschsprachigen Gemeinschaft.
- Jérôme Franssen, Vize-Ministerpräsident: Unterrichtswesen, Beschäftigungspolitik, Musikakademie, Aus- und Weiterbildung im Bereich Mittelstand und Landwirtschaft, Schulinfrastrukturen und wissenschaftliche Forschung.
- Gregor Freches, Minister: Kultur, Jugend, Denkmalschutz, Medien, Sport, Rechtsterminologie, Tourismus, ländliche Entwicklung im Rahmen der Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Ehrenamt, Baukultur, Erwachsenenbildung, die politische Bildung außerhalb der Schulen und das Institut für Demokratiepädagogik.
- Lydia Klinkenberg, Ministerin: Familie, Soziales, Gesundheitswesen, Senioren, Wohnungsbau, Kinderbetreuung, Sozialwirtschaft, Inklusion, Integration, Justizhaus, Jugendhilfe, Verbraucherschutz und Entwicklungszusammenarbeit.

Parlamentspräsidentin: Patricia Creutz

Senatorin der Deutschsprachigen Gemeinschaft: Liesa Scholzen

Die Vertretung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Ausschuss der Regionen (EU), im Kongress der Gemeinden und Regionen (Europarat) und im interregionalen Parlamentarierrat (IPR) übernimmt Liesa Scholzen.

Die Vertretung im Benelux-Parlament übernimmt Patricia Creutz.

Die Mehrheitsparteien vereinbaren folgende Vorschlagsrechte für die Bezeichnung von Verwaltungsratspräsidenten in Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

- BRF: CSP
- IAWM: ProDG

Eupen, den 13. Juni 2024,

für die ProDG

für die CSP

für die PFF

Liesa Scholzen

Jérôme Franssen

Gregor Freches

Elke Comoth

Anlage 1: Zukunftsvision Ostbelgien leben 2040

Anlage 2: Stellenplan der Regierung